

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 Mtl. monatlich, nur Postbezug • Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto • Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend • Geschäftsstelle und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreilindstr. 5

69. Jahrgang

Berlin, den 22. Juli 1931

Nummer 58

Die freien Gewerkschaften zur Wirtschafts- und Finanzlage

(Dreizehnte Bundesausschussung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes)

Am 16. Juli besaßte sich der Ausschuss des ADGB. eingehend mit der gegenwärtigen Wirtschafts- und Finanzlage. Nach einem eingehenden Referat von Leipart und einer ausgiebigen Debatte wurde der Bundesvorstand beauftragt, mit aller Entschiedenheit seinen Einfluss auf die Reichsregierung auch weiter dahin geltend zu machen, daß sie ihre Zusicherungen bestimmter Erleichterungen der Notverordnung vom 5. Juni einhält, daß sie bei den Anleiheverhandlungen etwaige Prestigerückstellungen den Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes unterordnet und den Bestrebungen der rechtsradikalen Parteien mit weit größerem Nachdruck entgegentritt als bisher.

In seinem Referat ging Leipart einleitend auf die politischen Ereignisse seit der letzten Bundesausschussung am 20. Juni ein. Er schilderte insbesondere die bedeutende Rolle, die gewisse politische Forderungen des Auslandes bei den bisher ergebnislosen Anleiheverhandlungen gespielt haben, Forderungen, deren Erfüllung bekanntlich zuerst von englischer Seite der deutschen Regierung nahegelegt wurde. Offiziell seien diese Forderungen allerdings bisher der Reichsregierung nicht übermittelt worden. Der Bundesvorstand ist der Meinung, daß in diesem Zusammenhang die Gewerkschaften heute vor allem zwei Forderungen an die Reichsregierung zu richten haben. Erstens, alles zu tun, um eine Verhandlungsgrundlage für eine Verständigung mit Frankreich zu schaffen, zweitens aber, sich endlich zu energischen Maßnahmen gegen das unerantwortliche Vorgehen der Rechtsradikalen in Deutschland zu entschließen. Bei der Vertretung dieser Forderungen ist es nicht nötig, auf die geschäftliche Agitation der Nationalsozialisten und Deutschnationalen gegen die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie Rücksicht zu nehmen. Diese Agitation ist nicht neu, sie wird schon seit Jahren strapesslos getrieben. Es kommt daher auf etwas mehr oder weniger nicht an. Für die Forderungen der Gewerkschaften kann nur das Gesamtinteresse maßgebend sein.

Es ist heute üblich, sogar in der den Gewerkschaften keineswegs unfreundlich gesinnten Tagespresse, von der „Dhnmacht der Gewerkschaften“ zu reden. Daß diese Einschätzung nicht den Tatsachen entspricht, würde sich sehr schnell zeigen, wenn die Rechtsradikalen nicht nur in Worten, sondern mit der Tat den Versuch machen würden, einen Umsturz herbeizuführen. Die Gewerkschaften müssen jedenfalls für jede Situation gerüstet sein.

Bei seiner Darstellung der überfüllten Entwicklung der Dinge in den letzten Tagen hob Leipart hervor, daß bei dem Sturm auf die Banken selbstverständlich auch die Arbeiterbank in Mitleidenschaft gezogen worden sei. Sie hat nicht nur, wie alle Banken, den Ansturm auf ihre Sparkasse über sich ergehen lassen müssen, sondern die Kommunisten haben die willkommene Gelegenheit benutzt, ihre Hege gegen die Gewerkschaften mit besonderer Schärfe auch gegen die Arbeiterbank zu betreiben. Die Arbeiterbank hat das Vertrauen, das sie sich in den abgelaufenen Jahren erworben hat, glänzend gerechtfertigt. Sie hat am letzten Montag voll ausgefaßt, während andre Banken und die Sparkassen zumeist nur geringe Teilbeträge ausgaben. Auch heute wäre sie durchaus in der Lage gewesen, weiterhin Auszahlungen in erheblichem Umfang durchzuführen, ohne ihre Liquidität zu gefährden, aber sie ist jetzt selbstverständlich ebenso an die Vorschriften der neuen Verordnungen gebunden wie die anderen Banken.

Zu dem Garantiefonds der deutschen Industrie, dessen Freiwilligkeit bekanntlich nur durch Verordnungsdruck gesichert werden konnte, ist die Arbeiterbank in dem Ausschuss, der für die Verteilung der Kredite maßgebend ist, nicht vertreten, obwohl gerade die Leitung der Arbeiterbank besonders berufen wäre, bei einer objektiven und zweckentsprechenden Kreditverteilung mitzuwirken. Die Arbeiterbank ist bisher auch ebensowenig wie die anderen Arbeitnehmerbanken in Deutschland zu den Verhandlungen zugezogen worden, die die Regierung in der letzten Zeit mit den anderen Banken geführt hat. Die Arbeitnehmerbanken werden gemeinsam vorgehen, um

diese, im volkswirtschaftlichen Interesse sehr bedenkliche Ausschüttung der gemeinnützigen Banken zu befeitigen.

In der Aussprache wurde betont, daß man hinsichtlich der von Deutschland geforderten politischen Konzeptionen eine gewisse Vorsicht insofern walten lassen müsse, als sie im einzelnen nicht bekannt seien. Aber es muß von der Reichsregierung unter allen Umständen gefordert werden, daß die Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes nicht fragwürdigen Prestigerückstellungen geopfert werden. Mit Nachdruck wurde darauf hingewiesen, daß in maßgebenden Kreisen des Auslandes keinerlei Bedenken dagegen bestehen, die Notverordnung unter sozialen Gesichtspunkten, vor allem zugunsten der Erwerbslosen, abzuändern, wenn nur dafür gesorgt werde, daß der finanzielle Ertrag gesichert bleibe. Diese Einstellung des Auslandes ist nicht überraschend, denn es kann keinem Zweifel unterliegen, daß im Ausland die deutschen Gewerkschaften und die deutsche Sozialdemokratie als der einzige reale Faktor gelten, auf den die Kreditwürdigkeit Deutschlands sich gründen kann, ebenso wie auf ihrer Macht und ihrer Entschlossenheit, den Kampf für den Bestand der deutschen Republik rücksichtslos zu führen, die Hoffnung des In- und Auslandes auf die Stabilität der politischen Verhältnisse in Deutschland beruht.

Scharfe Kritik wurde an der Finanzpolitik der Regierung in der letzten Woche geübt. Eine klare politische Linie sei überhaupt nicht erkennbar gewesen. Wenn man beispielsweise überhaupt Bankfeiertage in Erwägung zog, so hätte man diese Maßnahme vernünftigerweise vor dem Zusammenbruch der Danabank durchzuführen müssen. Dieses Versäumnis hat die ernste finanzielle Situation noch weiter verschärft. Die Reichsregierung ist in ihren neuen Verordnungen nicht brutal genug vorgegangen, um wirksam der Kapitalflucht zu steuern. Alle, die fremde Zahlungsmittel deren Einziehung nach sich ziehen würde. Von anderer Seite wurde die Meinung geäußert, daß der § 9 der neuen Notverordnung dem Wirtschaftsminister genügend Handhaben zu rücksichtslosem Vorgehen böte, die Gewerkschaften müßten nur verlangen, daß die neue Devisenordnung mit aller Schärfe durchgeführt wird.

Allgemeine Übereinstimmung bestand darüber, daß es die Hauptaufgabe sei, unter allen Umständen die Währungsung zu halten. Dabei ist allerdings zu bedenken, daß die künftige Verneuerung der Laufmittel, die im gegenwärtigen Moment notwendig ist, keine Inflation bedeutet, sondern im Gegenteil eine Maßnahme gegen bestimmte Deflationsercheinungen ist. Zur Sicherung der Währung ist es unbedingt notwendig, die Kredite rücksichtslos zu verteuern und unter allen Umständen zu verhindern, daß die öffentlichen Körperschaften ihren Finanzbedarf über die Notenpresse decken.

Es gilt Maßnahmen zu treffen, die im Ausland das Vertrauen in eine ordentliche Wirtschaftsführung in Deutschland stärken. Gewisse Reformen des Aktienrechtes, in denen die Bestimmungen des vorliegenden Gesetzentwurfes durch die seit geraumer Zeit feststehenden Forderungen der Gewerkschaften revidiert und ergänzt werden müßten, sind zu diesem Zweck notwendig. Es kommen vor allem Vorschriften über die Publizität, die Revisionsbestimmungen sowie das Mehrstimmrecht in Frage. In diese Reihe von Maßnahmen, an die jetzt mit Ernst heranzugehen werden muß, gehört auch die Einführung einer wirksamen Kartell- und Monopolkontrolle, die gleichfalls von den Gewerkschaften seit Jahren gefordert worden ist und bereits in einem Gesetzentwurf dem Reichstag vorliegt.

Gefährlich ist das jetzt umlaufende Schlagwort: „Wir können und müssen uns selbst helfen“. So unzuverlässig wir in erster Linie auf unsre eigene Initiative angewiesen sind, so steht doch hinter diesem Schlagwort die unsinnige Vorstellung von einer vom Ausland losgelösten, unabhän-

gig für sich bestehenden deutschen Wirtschaft. Eine solche gibt es nicht und kann es nicht geben. Die deutsche Wirtschaft kann so wenig wie irgendeine andre nationale Wirtschaft ohne Kreditbeziehungen zum Ausland existieren.

Leipart konnte am Schluß der Aussprache als einmütige Meinung des Bundesausschusses feststellen, daß der Bundesvorstand seine Bemühungen energisch fortsetzen solle, die von der Reichsregierung bereits grundföhllich versprochenen Erleichterungen der Notverordnung vom 5. Juni 1931 durchzusetzen und darauf zu dringen, daß die Reichsregierung nichts unterläßt, was zu einer Verständigung mit dem Ausland, vor allem auch mit Frankreich, führen könne, um die Kreditverhandlungen zu einem positiven Abschluß zu bringen. Insbesondere müsse die Regierung aber zu einer klaren Entscheidung gegen die rechtsradikalen Parteien gedrängt werden, deren hemmungsloses Vorgehen die schwersten wirtschaftlichen sowie unübersehbare innen- und außenpolitische Gefahren heraufbeschwört.

Ultimo-Betrachtungen eines Syndiki

Obwohl die letzten Tage jedes Kalendermonats im Hinblick auf die erlösende Gehaltszahlung bei Angestellten im allgemeinen angenehme Empfindungen auszulösen pflegen, was man bei einem Syndikus einer Unternehmungsorganisation erst recht annehmen sollte, ist der Generalsekretär des Vereines Berliner Buchdruckerelbisher, Herr Fr. W. Schmidt, um diesen Zeitpunkt des Monats Juni in eine Kagenjammerstimmung verfallen, aus der er sich durch einen Artikel in der „Zeitschrift“ vom 14. Juli herauszuretten versucht. „Betrachtungen am Juniende“ bezeichnet er seinen Spaziergang durch die frische Luft der Gewerkschaftsbewegung, von dem wir nur annehmen möchten, daß er ihn die erwünschte Erholung gebracht hat, die wir ihm als Mitbeteiligten an der so jämmerlich bloßgestellten Führung der deutschen Wirtschaft von Herzen gönnen. Und wenn ihm diese Erholung zu der so oft von Unternehmern vermischten Erkenntnis gebrächt hat, daß auch die Gewerkschaften berufen sind, an der Gestaltung des deutschen Schicksals, worunter wir im Augenblick die Gesundung der von den Unternehmern in Grund und Boden verfahrenen deutschen Wirtschaft verstehen, mitzuwirken, dann wollen wir das gern als einen ersten Schritt zur Besserung betrachten, wennschon auch der Augenblick zu einer Einladung der Arbeiterschaft zur Mitwirkung an der Gestaltung der deutschen Wirtschaft nicht gerade angenehm gewährt ist.

Am aber nicht den Glauben aufkommen zu lassen, als ob es dieser Einladung an die Gewerkschaften überhaupt bedürfte, möchten wir doch darauf verweisen, daß die gegenwärtige wirtschaftliche Situation um ein vielfaches betrüblicher aussehend würde, wenn nicht gerade die deutschen Gewerkschaften und die deutsche Arbeiterschaft im allgemeinen in der hinter uns liegenden Zeit ein so hohes und oft von der eignen Arbeiterschaft nicht verstandenes Verantwortungsbewußtsein für den deutschen Staat und damit für die deutsche Wirtschaft bewiesen hätten. Daß das von dem deutschen Unternehmertum einschließend des Herrn Fr. W. Schmidt in keiner Weise erkannt und anerkannt wird, mag aus den Interessengegenständen in beiden Lagern erklärlich sein, wird aber die deutschen Gewerkschaften nicht davon abhalten, konsequent den von ihnen als richtig erkannten Weg weiter zu gehen, auch wenn uns der Vorwurf gemacht wird, wie es wieder seitens des Ultimo-Beträhters geschieht, daß bei den Gewerkschaften „keine Spur des Vernehmens dieses schicksalhaften Erlebens“ zu bemerken ist. Mit welchem Recht und mit welcher Begründung der Herr Generalsekretär sich eine derart klüßige Behauptung anmaßt, mag sein Geheimnis bleiben. Er beweist damit nur die Engstirnigkeit und Befangenheit, von der alle Vertreter des privatkapitalistischen Systems gefangen gehalten werden, und die ihnen nicht gestatten, über ihren privatkapitalistischen Horizont hinaus die wirtschaftlichen Zusammenhänge so zu sehen, wie sie unter Einfluß der Arbeiterschaft in die Wirtschaft gesehen werden müssen. Das gegenwärtige „schicksalhafte Erleben“ ist so die Folge dieser engtönigen Unternehmerrhetorik, die Folge der Selbstherrschschaft gegen alle wirtschaftliche Vernunft und gegen die große Mehrheit des deutschen Volkes, gegen die Arbeiterschaft. Nicht die Arbeiterschaft ist, wie sich der Artikelschreiber auszudrücken beliebt, in „gewerkschaftlichen Zerlebrn“ befangen, sondern die deutschen „Wirtschaftsführer“, die die deutsche Wirtschaft in der

ganzen Welt in Mitleid gebracht haben, sind von wirtschaftlichen und politischen Maßnahmen befallen, die sich so lange gegen die deutsche Wirtschaft auswirken werden, solange nicht ohne Rücksicht auf privatkapitalistische Sonderinteressen eine gründliche Umformung der deutschen Wirtschaft durchgeführt ist.

Wenn es dem Kritikerschreiber so scheint, was immerhin beweist, daß ihm jede klare Vorstellung von den Zusammenhängen der Wirtschaft abgeht, „als ob die ganze Welt nur unter dem Gesichtspunkt des Lohnes begreife und lebe, daß es ideale, nationale und geschichtliche Werte und Traditionen überhaupt für sie nicht gebe,“ so wollen wir diesen Ausschnitt aus der ihm umgebenden Gesellschaftsicht gern gelten lassen. Daß die Arbeiterfrage hohe Ideale hat, beweist das Aufsteigen der Arbeiterbewegung zu einer Kulturbewegung, der die Unternehmer ein gleiches an sittlichen und ethischen Werten nicht gegenüberzustellen haben. Daß die Arbeiterfrage für ihre Arbeit einen gerechten Lohn beansprucht, und daß die Gewerkschaften nach wie vor für diesen gerechten Lohn kämpfen und einreten werden, besagt, ganz besonders gegenwärtig, noch lange nicht, daß die Auffassung des Herrn Majors a. D. richtig ist. Es ist aber bestimmt moralisch gerechtfertigter, für einen auskömmlichen Lohn der Arbeiterfrage einzutreten, als neben dem Gehalt eines Generaldirektors noch die Offizierspensionen einzustreichen, die aus den Steuergrößen der Arbeiter herausgequetscht werden und die man sich nur dadurch „verdient“ hat, daß man in seinen besten Mannesjahren sich den Deibel um die Wirtschaft gekümmert und auf Kosten der Wirtschaft und der Steuerzahler ein angenehmes Dasein geführt hat.

Im vollen Bewußtsein unserer moralischen und gewerkschaftlichen Pflicht werden wir auch weiter dafür einreten, selbst auf die Gefahr, uns dadurch die Mißfallen der Unternehmer zuzuziehen, daß den Angehörigen unseres hochqualifizierten Gewerbes nicht nach Schema 3 nur die tariflichen Mindestlöhne gezahlt werden, sondern daß ihnen höhere Leistungen, die nur durch intensive und kostspielige Bildungsarbeit erreicht werden, auch durch höheren Lohn abgegolten werden. Wenn der Kritikerschreiber unter Hinweis auf die von den Unternehmern angestrebte Lage gegen unsre Organisation sein Mißfallen über den Artikel „Gegen den Abbau überarbeitsfähiger Entlohnung“ in Nr. 53 des „Korr.“ zum Ausdruck bringt und meint, daß wir als „Angeklagter“ nicht in ein schwebendes Verfahren hätten eingreifen sollen, dann hat er sich damit das Verdienst erworben, in dieser traurigen Zeit unter unsrer Geschicklichkeit einen Heiterkeitsausbruch entsetzt zu haben, wie wir ihn lange nicht erlebt haben. Wenn heute jemand auf die Anklagebank gehört, dann sind es nicht die Gewerkschaftsvertreter, die für einen gerechten Lohn ihrer Arbeitskollegen eintreten, sondern jene gewissenlosen Unternehmer, die wie im Falle Nordwolle, in Saus und Braus gelebt haben, stützende Betriebe zum Erliegen gebracht und damit unsägliches Elend über das deutsche Volk und die deutsche Arbeiterfrage gebracht haben. Wenn es nach den Unternehmern ginge, dann dürften wir nicht nur nicht die Leistungsgulden verteilen, dann würden überhaupt die Tarifverträge aufgehoben und die Arbeiter unter Einzelarbeitsverträge gesetzt werden, die ihnen nicht mehr das Notwendigste zum Leben lassen würden. Das würde zwar, wie alle bisherigen Maßnahmen, die Wirtschaft nicht heben, sondern immer weiter herunterdrängen. Es liegt aber im Wesen unseres spezifisch deutschen Scharfmacherstums, unter allen Umständen scharf zu machen, so lange scharf zu machen, bis alles zu Boden liegt, damit es sich wie ein Geier aus dem Elend erheben kann in dem Bewußtsein, gefiegt zu haben.

Aber nicht die Gewerkschaftsbewegung an sich und der „Korr.“ liegen diesem weltfremden, auf dem Kasernenhof großgewordenen Unternehmerjynodus schwer auf den Nerven. Als Jugendereger unter dem Wahlschild des preußischen Kommissariats interessiert er sich auch in letzter Zeit besonders für unsre Jugend und ihre Organ, den „Jungbuchdrucker“. Daß er auf diesem Gebiet über besonders „hervorragende“ Kenntnisse verfügt, darf nach seinen Leistungen auf wirtschaftlichem Gebiet ohne weiteres angenommen werden. Diesmal interessiert ihn ein Artikel des Reichstagspräsidenten, Kollegen Paul Löbe, von dem er, scharfsinnig wie ein Unternehmerjynodus nun einmal ist, der Schriftleitung des „Jungbuchdruckers“ einfach unterstellt, daß sie diesen Artikel Löbe nur „zugedrieben“ habe respektiv, daß die Schriftleitung einer Mystifikation zum Opfer gefallen sei. Du ahnungsvoller Engel du! Immerhin muß der Artikel einen guten Kern enthalten, denn Herr Schmidt behauptet von ihm, daß er ebenförmig von einer politischen Gouvernante gelächelt sein könnte. Marxismus und Klassenkampf sind ihm schredliche Begriffe. Und um sich bei seinen umfassenden Kenntnissen mit diesen Begriffen nicht lange auseinanderzusetzen zu müssen, sagt er von dem Artikel, dessen Verfasser er übrigens als einen klugen Mann bezeichnet: „Es hat keinen Zweck, auf Einzelheiten dieses Artikels einzugehen. Er ist oberflächlich und vermeidet alle Probleme; er verkennt die einfachsten Zusammenhänge, so daß er wirklich nur für ganz junge Jungbuchdrucker lesbar ist.“ Wer will bestreiten, daß der Mann den Marxismus beherrscht? Er hat ganz richtig erkannt, daß der Artikel für Jungbuchdrucker geschrieben war. Seine Zweifel über die Herkunft des Artikels mag der nationale Jugendereger im Wilto des Reichstagspräsidenten selber beseitigen. Nach Bescheid wäre freilich, wenn er sich mit den Beengungen des Reichstagspräsidenten Löbe vertraut machen würde, wozu ihm die von diesem herausgegebene Broschüre „Der Drame Marxismus“ beste Gelegenheit bieten würde. Die Gefahr einer Zuspitzung dürfte bei einem Mann mit gefestigter nationaler Gesinnung ja nicht zu befürchten sein. Aber folgen

wir dem Mann nun in das Gebiet der Probleme. Von der hohen Warte der Erkenntnis läßt er sich folgenbermaßen vernehmen: „Sollte der Verfasser nicht gemerkt haben, daß bis 1914, wo das kapitalistische System unbeeinflußt Wirtschaft und Sozialpolitik trieb, Arbeitslose nicht vorhanden waren und der Produktionsprozeß und die Verteilung der Güter sich reibungslos vollzogen, wogegen seit Eindringen der sozialistischen Gedanken in die kapitalistische Wirtschaftsform das Elend in steigendem Maße ist?“ Daß der Mann bis 1914 nicht viel geschäftliche Entwicklung miterlebt hat, entschuldigt seine Tätigkeit zur Heranbildung unserer Jugend als Kanonenfutter. Wie man aber rückblickend auf die Zeit vor 1914 behaupten kann, daß das kapitalistische System unbeeinflußt Wirtschaft und Sozialpolitik getrieben hat, daß keine Arbeitslosen vorhanden waren und daß die Verteilung der Güter sich reibungslos vollzogen habe, muß doch ernstlich als der Gipfel der Unwissenheit bezeichnet werden. Krisen der kapitalistischen Wirtschaft hat es gegeben, solange der Kapitalismus besteht, weil diese regelmäßig aus den Grundelementen des kapitalistischen Wirtschaftssystems herauswachsen. Sie gehören zwangsläufig in den Rhythmus der kapitalistischen Wirtschaft hinein, die sich seit je und heute in sichtbarster Form zu einer reibungslosen Verteilung der Produktionsgüter als unfähig erwiesen hat. Die Bestätigung dafür kann er auch in Nr. 28 der „Deutschen Arbeiterzeitung“ finden, die dazu schreibt: „Die moderne Wirtschaft hat ja schon jahrelange Krisen gekannt, wenn auch weniger so schwere wie die jetzige.“ In welchem Maße diese Krisen von Arbeitslosigkeit begleitet waren, lehrt ein oberflächlicher Blick in die Jahresberichte der Gewerkschaften, von denen die unsrigen berichten, um nur einige herauszugreifen, daß wir in den Jahren bis 1914 jährlich etwa 10 000 W. Arbeitslosenunterstützung gezahlt haben, im Jahre 1914 sogar annähernd drei Millionen Mark, was, auf die Gesamtheit der deutschen Gewerkschaften übertragen, zeigt, daß es auch vor 1914 eine beträchtliche Arbeitslosigkeit gegeben hat. Daß das Buchdruckgewerbe in den Sommermonaten besonders stark unter der Arbeitslosigkeit zu leiden hatte, so daß schon in der Vorkriegszeit bis zu 20 Wochen Arbeitslosigkeit keine Seltenheit waren, das sei diesem Synodus der Unternehmerorganisation des Buchdruckergewerbes noch besonders gesagt.

Alle Bemühungen der Unternehmerverbände, die Gewerkschaften, den Marxismus und welcher Schlagworte sie sich auch bedienen mögen, für den Zusammenbruch der Unternehmerrtheorie verantwortlich zu machen, geschlehen an der eisernen Tatsache, daß die Arbeiterfrage ferngehend in ihren Auffassungen und Organisationen neben dem Trümmerhaufen des Kapitalismus steht in der festen Zuversicht, daß dieses menschenwürdige System überwunden werden wird. In dieser Entwicklung werden häufigste Einzelpersonen im Unternehmerlager so wenig ändern, wie das gesamte Unternehmertum bis heute nicht die Fortentwicklung und den Aufstieg der Arbeiterklasse hindern konnte.

Das Buchgewerbe im Ausland

Internationales Buchdruckersekretariat
Sitzung der Sekretariatskommission
vom 10. Juli 1931

Die Kommission nahm zur Kenntnis, daß der neue Gesamtarbeitsvertrag in Belgien in der Endabstimmung innerhalb des Typographenbundes mit 49 Stimmen gegen 22 Enthaltungen (Brüssel und Lüttich) ohne Gegenstimmen angenommen worden ist. Beide Organisationen (Buchdrucker und Buchbinder und Lithographen) haben mit 104 Stimmen gegen 28 Enthaltungen und keine Gegenstimmen dem neuen Vertrag zugestimmt.

In Österreich ist in der Abstimmung der neue Manteltarif innerhalb des Buchdruckerverbandes mit 6384 gegen 709 Stimmen und innerhalb des Kartells mit 1147 gegen 1007 Stimmen gutgeheißen worden. Dieses einmütige Resultat ist erfreulich.

Die Kommission befähigte sich hierzu sehr eingehend mit der Auswertung in Norwegen, die nun schon 13 Wochen dauert und noch kein Ende absehen läßt. Insgesamt sind immer noch über 80 000 Arbeiter auf der Straße, die sich in einer Front durch ihren Gewerkschaftsbund gegen die Willkür des allgemeinen Arbeitgebervereins stemmen, der mit ungläublicher Brutalität jede Vermittlung ablehnt und die Arbeiterfrage auf die Knie zwingen will mit einem Lohnabbau von 15 bis 45 Proz. Für unsre Kollegen geht die Forderung auf einen Abbau von 15 Proz., während wie gesagt andre Arbeiterkategorien vollständig ausgepowert werden sollen. Die Buchdruckerinternationale hat sich von Anfang an gegen diesen Lohnabbau aufgelehnt; die angesprochenen Verbände unterstützen die ausgesperrten norwegischen Kollegen seit neun Wochen schon mit großen Summen, trotzdem die weitaus meisten Verbände selber schwer zu leiden haben. Die Sekretariatskommission prüfte die Lage wiederholt, und sie kam zu dem Schluß, daß die norwegischen Kollegen auch weiterhin gegen die Brutalität des Unternehmertums gekämpft werden müssen. Gleichzeitig werden aber auch Vorkehrungen getroffen, um die angesprochenen Verbände zu entlasten und die Zuwendungen an die norwegischen Kollegen durch einen andern Kanal zu leiten. Die Kommission wünscht der norwegischen Arbeiterfrage vollen Erfolg in ihrem Abwehrkampf.

Auf Einladung des Verbandes der Buchdrucker in der Tschechoslowakischen Republik zu ihrem Verbandstag wurde der internationale Sekretär abgeordnet.

Vom 12. bis 14. August soll in Berlin eine neuerliche Bepfropfung mit den Vertretern der englischen Organisationen stattfinden. Dabei soll auch eine Sitzung der erweiterten Sekretariatskommission und eine Konferenz der

Ergänzungen der drei graphischen Internationalen abgehalten werden. Die erweiterte Sekretariatskommission wird ein Reglement für die internationalen Unterstellungen und einige andre sehr wichtige Punkte zu beraten haben.

Die nächste Sitzung der Berner Kommission findet am 5. August statt.

Tschechoslowakei. Der Vorstand des Verbandes der Buchdrucker in der Tschechoslowakischen Republik legte seinen Mitgliedern den Jahresbericht über seine Tätigkeit im neunten Verwaltungsjahr — 1930 — vor. Mit dem Abschluß des Lohntarifs gegen Jahresende 1929 begann für die Organisationsleitung eine Periode verhältnismäßiger Ruhe. Die neu vereinbarten Lohnsätze wurden im ganzen Verbandsgebiet zur glatten Einführung gebracht, die wesentlich durch den damaligen nicht ungünstigen Beschäftigungsgrad im Gewerbe unterstützt wurde. Diese ruhige Zeit in Verbindung mit der Annahme, daß diese günstige Konjunktur doch von längerer Dauer sein werde, benutzte der Verbandsvorstand zur Einlösung des auf dem letzten Verbandstag 1928 an seine Mitglieder gegebenen Versprechens, an die endliche Regelung der Invalidenunterstützung zu schreiten und diese in einem wenigstens teilweise den heutigen Verhältnissen entsprechenden Maße durchzuführen, wobei das Hauptaugenmerk auf die Sicherung der Invalidenunterstützung auch für die Zukunft zu richten war. Denn nach den eigenen wie nach den Erfahrungen auch ausländischer Bruderorganisationen ist die Deckung der Ausgaben für die Invalidenunterstützung nur aus den laufenden Einnahmen nicht gut möglich. Um nun die von den Mitgliedern in diese Unterfertigung gestellten Hoffnungen nicht etwa bitter zu enttäuschen, wurde nach vielen Erwägungen, Beratungen und Berechnungen zur Errichtung eines besonderen Fonds zur Sicherstellung der Invalidenunterstützung geschritten, in den die vier Landesvereine (Böhmen, Mähren, Schlesien und die Slowakei mit Karpatenrußland) von jedem abzuführenden Mitgliedsbeitrag 2 Kr. wöchentlich so lange abzuführen haben, bis dieser Fonds eine solche Höhe erreicht hat, daß dessen Zinsen zur Deckung des mit der Leistung der vom Verband ausbezahlten Invalidenunterstützung verbundenen Aufwandes hinreichen. Dieser Fonds weist für das erste Verbandsjahr schon ein Vermögen von 832 739 Kr. aus und ist das einzige Attribut in der Finanzabrechnung des Verbandes im abgelaufenen Jahr. Die ab 1. Juli 1930 um 50 Proz. erhöhte Invalidenunterstützung des Verbandes beträgt nun einheitlich 180 Kr. monatlich nach 260 eingezahlten Wochenbeiträgen und steigt bis 480 Kr. monatlich nach 2600 Wochenbeiträgen. Hierzu kommen noch die Zufüsse der Landesvereine, die derzeit in ihrer Höhe noch verschieden sind — sie betragen 50 Kr. monatlich nach 200 Wochenbeiträgen bis zu 320 Kr. nach 2600 Wochenbeiträgen —, aber nach den Weisungen des Verbandsvorstandes mit der Zeit zu vereinheitlichen sind, um eine spätere und endgültige Lösung der Regelung der Invalidenunterstützung nicht zu erschweren. Im Zusammenhang mit der Erhöhung der Invalidenunterstützung mußte der wöchentliche Verbandsbeitrag von 7,40 auf 8 Kr. erhöht werden. Die wöchentlichen Beiträge der Mitglieder an die Landesvereine betragen in Böhmen 15 Kr., in Mähren, Schlesien und in der Slowakei 20 Kr. Auf Rechnung des Verbandes wurden im Berichtsjahr an die invaliden Kollegen 917 430 Kr. (im Jahre vorher 667 555 Kr.) und auf Rechnung der Landesvereine 515 730 Kr. (im Vorjahr 360 860 Kr.) ausbezahlt. Später als in andern Industriezweigen setzte im graphischen Gewerbe die wirtschaftliche Depression ein, die bald ein rasendes Tempo erreichte und bedrohliche Ausmaße annahm. In dieser Situation wurde die Novellierung des Gesetzes über den Staatsbeitrag zur Arbeitslosenunterstützung nach dem Center System als wesentliche Erleichterung empfunden und in diesem Zusammenhang, um die Vorteile des Gesetzes voll zu beanspruchen, die Verlängerung der bisherigen Verbandsunterstützung von 100 auf 200 Tage beschlossen, ferner die Vertiefung der Karenz zur Erlangung des Unterfertigungsanspruches von 52 auf 28 Wochen herabgesetzt. In 1761 arbeitslose Kollegen mit 141 009 Tagen wurden im Berichtsjahr an Verbandsunterstützung mit dem Staatsbeitrag 2 793 082 Kr., an außerordentlichen Unterfertigungen 514 373 Kr., im ganzen also 3 307 456 Kr. ausbezahlt. Die Schaffung einer Lehrlingsordnung, durch die die fachliche Erleichterung der Lehrlinge in den Druckereien endlich geregelt werden sollte, ist an dem unverständlichen Widerstand der Unternehmer bisher gescheitert; über weitere bezügliche Bemühungen der Organisationsleitung läßt sich noch nichts Bestimmtes sagen. Konform damit geht das Bestreben nach weiterer Ausgestaltung der Lehrlingserziehung in den Fachschulen. Die Disziplinfrage fand ihre endliche Lösung in einem unter Mitwirkung der Buchdruckerinternationale und der Lithographeninternationale zustande gekommenen Übereinkommen, das von der erweiterten Sekretariatskommission genehmigt wurde. Bemühungen des Verbandsvorstandes, die berichtigte Weltfirma in Schönen, Bata in Jlin, die über ein schon bedeutendes Druckerunternehmen verfügt, für die Tarifgemeinschaft zu gewinnen, sind bisher gescheitert; organisierte Buchdrucker und einen Kollektivvertrag kann diese Firma nicht brauchen. Durch Vermittlung der diese Firma besternden Maschinenfabriken werden im In- und Ausland qualifizierte Buchdrucker gesucht, die sich aber Bedingungen unterwerfen müssen, die eines aufstrebenden Arbeiters unwirksam sind. Von den 9581 Berufungsgewählten des ganzen Verbandsbereiches waren am Jahresende 1930 8896 aktive Mitglieder (Zuwachs 336), das sind 92,75 Proz., 365 Nichtorganisierte und 320 invalide Mitglieder. Die

Wermehrung der Sechsmalshöhe hat sich verlangsamt und sank auf das niedrigste bisher beobachtete Maß. Das Verbandsvermögen weist am Jahreschluss nur einen Bestand von 280 767 Kr. auf, was eine Verminderung um 683 156 Kronen bedeutet und auf die gestiegenen Unterstufungsbeiträge aus Verbandsmitteln zurückzuführen ist. Die Verbandsunterstützungen im Jahre 1930 betrugen 2 776 655 Kronen, gegenüber dem Jahre 1925 beispielsweise ein Mehr von 1 661 658 Kr. oder 149 Proz. Demgegenüber ist das Anwachsen des Vermögens der Verbändevereine eine regelmäßige Erscheinung. Das Vermögen dieser Vereine betrug am Jahresende 13 328 065 Kr. (ein Mehr gegenüber 1929 von 1 824 669 Kr.), was einer Kopfquote von durchschnittlich 1498 Kr. entspricht. Aus dem Verbandsvermögen erhöht sich dieser Anteil noch um etwa 31 Kr., so daß auf ein Verbandsmitglied ein Vermögensanteil von etwa 1530 Kr. (im Vorjahr 1656 Kr.) entfällt.

Finnland. Der 10. Kongress des finnischen Buchdruckerverbandes fand am 29. und 30. Juni in Helsingfors statt. Aus dem einleitenden Bericht des Vorsitzenden ging hervor, daß der Verband trotz der schwierigen Zeiten in den Jahren von 1927 bis 1930 seine Mitgliederzahl von 3300 auf 3650 erhöht hat. Das Vermögen des Verbandes war im selben Zeitraum von 700 000 auf 1 200 000 finnische Mark (etwa 130 000 M.) gestiegen. Eine Lotterie zugunsten des Invalidenfonds brachte etwa 82 000 M. ein. Die neue reaktionäre Regierung hatte die öffentliche Arbeitslosenunterstützung aufgehoben, wodurch es den Gewerkschaften sehr erschwert wurde, ihren Mitgliedern zu helfen, zumal die Arbeitslosigkeit jetzt größer war als jemals in den letzten 20 Jahren. Wie schon früher einmal berichtet, hatte sich der finnische Buchdruckerverband aus der kommunistisch orientierten Landeszentrale abgemeldet, und jetzt ist diese von der neuen Regierung aufgelöst worden. Zu Beginn des Jahres 1931 haben sich nun einige Verbände mit dem Buchdruckerverband zur finnischen sachlichen Zentrale zusammengeschlossen, die der Amsterdamer Richtung angehört. Es wurde beschlossen, dahin zu wirken, daß die Arbeitsvermittlung ganz in die Hände des Verbandes kommt. Da über die Lohnverhältnisse nur sehr mangelhafte Angaben vorhanden sind, wurde beschlossen, im laufenden Jahr eine ausführliche Lohnstatistik aufzunehmen. Ein Vorschlag zu einer Pensionsordnung für die bediensteten Angestellten des Verbandes erregte eine längere Diskussion. In diesem Punkt kamen auch die Vertreter der ausländischen Verbände zum Wort, indem sie auf Wunsch die diesbezüglichen Verhältnisse in ihren Organisationen darlegten. Mit 29 gegen 6 Stimmen wurde darauf ein Pensionsregulativ angenommen. Um die Finanzen des Verbandes zu härten, hatte der Verbandsvorstand eine bescheidene Beitragserhöhung vorgeschlagen. Mit geringer Mehrheit (20 gegen 19) wurde jedoch der Vorschlag abgelehnt, merkwürdigerweise infolge der geschlossenen Gegnerschaft der Vertreter Helsingfors. Da mehrere dieser Kollegen eifrige Anhänger der skandinavischen Zusammenarbeit sind, auch auf ökonomischem Gebiet, ist diese Stellungnahme um so unverständlicher. Der wichtigste Punkt der Tagesordnung war die Tariffrage. Der jetzige Tarif läuft seit 1919 auf der Grundlage der Indexregulierung mit neuen Lohnsätzen jeden dritten Monat, je nachdem die Preise um 10 Proz. fallen oder steigen. Bis 1930 stiegen die Löhne infolge dessen, und erst dann trat ein geringer Rückgang ein. Der Tarif läuft am 31. Dezember d. J. ab. Auf Grund der recht schlechten wirtschaftlichen Lage im Lande beschloß man, den Tarif nicht zu mindern. In einer Beratung mit den Prinzipalen wurde denn auch der Tarif bis Ende 1934 verlängert. Die Frage des Anschlusses an die skandinavische Zusammenarbeit (dänischer, schwedischer und norwegischer Verband) wurde nach längerer Debatte dem Verbandsrat, bestehend aus zehn Bezirksrepräsentanten und den neun Vorstandsmitgliedern, zur Beratung überwiesen. Zum Vorsitzenden wurde einstimmig Kollege A. J. Seltström wiedergewählt.

Polen. Während des allgemeinen Lohnabbaus um mehr als im Frühjahr dieses Jahres traten als erste und einzige die Unternehmer des Druckgewerbes in der ehemaligen Provinz Posen mit einer zehnprozentigen Lohnherabsetzung auf den Plan. Sie verfuhrn hier bei ganz diktatorisch, indem sie den Lohnbüten ihrer Gehilfen einen gedruckten Zettel beilegen ließen, auf dem sie verkündeten, daß die Löhne der Gehilfen vom 1. März ab um 10 Proz. herabgesetzt würden. Für dieses Vorgehen konnten die Gehilfen kein Verständnis aufbringen; sie forderten durch die Vorstände ihrer Organisationen zum mindesten mündliche Verhandlungen, wie dies bisher bei Lohnregulierungen immer üblich gewesen war. Die Prinzipale ließen die Gehilfen ohne jede Antwort. In einem zweiten Schreiben an die Korporation der Prinzipale wurde nun ausführlich dargelegt, daß die Lohnherabsetzungen ohne jede Berechtigung erfolgt seien. Die vorübergehende minimale Senkung einiger weniger Lebensmittelpreise habe längst wieder einer Aufwärtsbewegung Platz gemacht. Eine Herabsetzung der Zeitungsabonnements-, der Inseraten- sowie der sonstigen Druckpreise sei nicht erfolgt. Zudem seien die Gehilfensöhne in diesem Gebiet mit die niedrigsten von ganz Polen, so daß es den Posener Druckereien völlig möglich sei, mit denjenigen der anderen Gebiete erfolgreich zu konkurrieren. Die Gehilfen hätten schließlich für die Unterstützung der großen Zahl ihrer arbeitslosen Kollegen zu sorgen, so daß die Beiträge fortgesetzt erhöht werden müßten und jetzt schon 7 Zloty wöchentlich betragen usw. Als auch auf dieses, mit den trefflichen Argumenten belegte Schreiben, in dem wieder um direkte Verhandlungen gebeten wurde, die Gehilfen

ohne jede Antwort blieben, wandten sie sich an das Schiedsgericht für Arbeiterangelegenheiten bei der Wojewodschaft Posen. Jetzt versuchten die Vertreter der Prinzipale die Verschleppungstaktik, indem sie einmal erklärten, „keine Vollmacht zu besitzen“, ein andermal zu der behördlich angeordneten Sitzung überhaupt nicht erschienen. Erst nach Androhung einer Geldstrafe erschienen sie zu einer vom Schiedsrichter angelegten gemeinsamen Verhandlung. Und hier erst war es den Gehilfen möglich, ihren Standpunkt zu vertreten. Das vom Schiedsgericht in Abwesenheit der Parteien gefällte, etwa eine Woche nach der Verhandlung verkündete Urteil lautete dahin, daß ein Lohnabzug von 8 Proz. vom 1. Juni ab erfolgen könne. Der Schiedspruch ist unverbindlich und verpflichtet nur nach beiderseitiger Zustimmung. Obwohl er den berechtigten Forderungen der Gehilfen in keiner Weise entspricht, haben sie ihm unter Berücksichtigung der schweren Krise und weil sie es waren, die den Schiedsrichter anriefen, zugestimmt. Dagegen haben ihn die Vertreter der Prinzipale abgelehnt.

Korrespondenzen

Ansbach. Am 14. Juni hielt man in der 1000jährigen Wörnschstadt Dintelsbühl unter diesjährige Frühlings-Bezirksversammlung ab, die von sechs Druckern mit insgesamt 79 Kollegen und etwa 15 Jungbuchdruckern besucht war. Dieser gute Besuch zeigt wiederum deutlich, wofür großes Interesse unsere Kollegen den Bezirksversammlungen und damit auch unserer Organisation gegenüber zeigen. Bezirksvorsitzender Kollege K. R. (Ansbach) eröffnete die Versammlung mit herzlichen Begrüßungsworten und gedachte Johann unsres verstorbenen Kollegen Weichardt (Ansbach), dessen Absenken die Versammlung in üblicher Weise erzte. Aus den Berichten der einzelnen Druckere war zu entnehmen, daß die Beschäftigungsverhältnisse nach wie vor die denkbar schlechtesten sind und Aussicht auf Besserung nicht besteht; doch konnte man auch mit Freude vernehmen, daß in einem Druckort die Kollegen vom Lohnabbau im Februar nicht betroffen waren. Der vom stellvertretenden Kassier Kollegen S. (Ansbach) gegebene Kassienbericht wies einen befriedigenden Kassienbestand auf. Unter Punkt „Verbandsangelegenheiten“ gab Vorsitzender Aufschluß über einen kleinen Konflikt mit dem Gauvorstand in München, wegen Verweigerung eines Referenten für diese Versammlung. Die Angelegenheit fand durch Annahme einer Entschädigung an den Gauvorstand ihre Erledigung. Die Entschädigung wurde gegen eine Stimme gutgeheißen. Sodann ging der Vorsitzende auf unsere Stellungnahme zu den kommenden Lohnverhandlungen ein und beleuchtete hier besonders die Stimmung im Prinzipalslager. Die Versammlung gab nachfolgender Entschliessung einmütige Zustimmung: „Die heutige Frühjahr-Bezirksversammlung des Bezirks Ansbach im Verband der Deutschen Buchdrucker erwartet von unsren Tarifvertretern bei den nächsten Lohnverhandlungen, daß sie mit aller Energie versuchen, den im Februar erfolgten Lohnabbau wieder rückgängig zu machen, da von einem Preisabbau absolut nichts zu verpöhlen war, dagegen die steuerlichen Belastungen usw. durch die Notverordnungen eine bedeutende Berringerung unsres Lohnes verursacht haben. Gegen die weiteren Abbaugeschäfte der Unternehmer sind, wenn möglich, die schärfsten Abwehrmaßnahmen zu ergreifen. Die Forderung auf Einfrierung der 5-Lage-Woche ist im Interesse unsrer Arbeitslosen erneut zu erheben. Eine Herabsetzung der Arbeitszeit ohne jeden Lohnausgleich ist jedoch abzulehnen.“ Als Ort für unsre Herbstversammlung wurde Ansbach bestimmt. Ein Antrag vom Ortsverein Rothenburg, daß die Herbstversammlung in Wegfall kommen soll und der dadurch eingeleitete Betrag an Frähtensabhängungen den Arbeitslosen überwiesen werden soll, wurde nach lebhafter Aussprache gegen elf Stimmen abgelehnt. Unter Punkt „Verhiedenes“ wies Kollege K. R. noch auf die kommenden Vollstandsmaßnahmen unsrer Organisation hin und erluchte die Kollegen, ganz gleich, wie dieselben ausfallen werden, dem Verband auch in Zukunft unverbrüchliche Treue zu wahren. Damit fand die anregend verlaufene Versammlung ihren Abschluß. — Am Nachmittag vereinigten sich die Kollegen mit ihren Angehörigen zu einer, den Verhältnissen entsprechenden Familienunterhaltung mit Konzert, Gesang, Theater und humoristischen Vorträgen. Für die Ausgestaltung dieser Veranstaltung und für Beförderung der schönen Festdrucksachen gebührt den Dintelsbühler Kollegen, insbesondere Kollegen Meier, der wärmste Dank. Alle Teilnehmer konnten in vorgerückter Abendstunde befriedigt die Heimfahrt antreten mit dem Wunsch auf frohes Wiedersehen im Herbst in Ansbach.

Frankfurt a. M. Begünstigt vom schönsten Wetter, wurde am 21. Juni der 5. Mittelrheinische Korrektorenkongress in dem idyllischen Weinsheim an der Bergstraße abgehalten. Kollegen von Mannheim, Darmstadt und Wiesbaden waren gut vertreten, während der Besuch von Frankfurt a. M. schwach war. Als Vertreter der Gauvorstände von Frankfurt-Hessen und Mittelrhein sowie des Bezirksvorstandes Mannheim waren die Kollegen Dittenburg (Mannheim), Schramm (Mannheim) und Schudhardt (Frankfurt a. M.) erschienen. Mit begründeten Worten wünschten sie den Verhandlungen erfolgreichsten Verlauf. Die Tagung wurde von Kollegen G. u. H. a. d. t. (Frankfurt a. M.) eröffnet, der ein Schreiben des Kollegen Grunewald (Berlin) zur Beilegung brachte, in dem die Zentralkommission mit kollegialen Worten auf den Ernst der Lage hinwies, engen Zusammenhalt in Verband und Sparte als von allergrößter Wichtigkeit forderete und beste Wünsche auf ein gutes Gelingen des Korrektorenkongresses übermittelte. Das Schreiben wurde beifällig aufgenommen. Zu dem Vortrag: „Die Ursachen der Weltwirtschaftskrise“ nahm nun der Handelsdrucker der „Frankfurter Zeitung“, Herr V. o. h. a. B. u. e. r., das Wort. Er führte aus, daß die gegenwärtige Krise schwerer sei als je zuvor. Sie geht zurück auf die Folgen des verlorenen Krieges, der in der ganzen Welt eine ungeheure Nüchternung in industrieller Hinsicht entsetzt hat, die später keiner normalen Verwendung zugeführt werden konnte. Die Arbeitsleistung der verschiedenen Länder untereinander wurden gestört, Zollmauern errichtet, Kartelle entstanden, welche die Preise künstlich hochhielten und auch in der Depression nicht sinken ließen. Weiter hat die Welt in den

letzten zehn Jahren technische Fortschritte in einem ungeahnten Umfang gemacht, denen sich Lohnhöhe und Einkommensverteilung nicht angepaßt haben. Durch die Kriegslieferungen ist die Kapitalverteilung in falsche Bahnen geleitet worden, Schuldner und Gläubiger haben gegenüber der Vorkriegszeit gewechselt. Das Mittel, aus diesen Schwierigkeiten herauszukommen, wird von der Kapitalseite ausgehen müssen. An Stelle einer falsch verstandenen Rationalisierung muß eine geeignete Treten, der Kredit muß international erweitert werden, die künstlich hochgehaltenen Preise und Zölle müssen erniedrigt werden. Die hier nur kurz skizzierten Darlegungen fanden reichen Beifall. Mit gespannter Aufmerksamkeit folgte die Versammlung Johann dem zweiten Vortrag: „Die notwendige Reform der deutschen Rechtschreibung“, den Herr Lehrer M. t. h. e. i. übernommen hatte. Der Redner wies darauf hin, daß in den Jahren 1919 bis 1921 eine gute Gelegenheit zur Reform verpaßt wurde und behandelte die Entwicklung der deutschen Rechtschreibung, die Anfänge deutscher Schreibung, die Lautverschiebungen und den Einfluß durch die Erfindung der Buchdruckerkunst. Die Einführung der Großbuchstaben, Entschöner anderer Schwierigkeiten, deutsche Klaffler usw. bezeichnete er als keine guten Vorbilder in der Rechtschreibung, und wies darauf hin, daß sich Männer wie Luther, Spottel, Göttsches und Aderling große Verdienste um die deutsche Schreibung erworben haben. In Verbesserungsvorschlägen aus neuer und neuester Zeit nannte er das historische Prinzip (Jakob Grimm); das etymologische Prinzip (Lehre von der Abstammung); das phonetische Prinzip. Weiter verwies der Redner auf die Reformvorschläge von Robert Sarnow und Dr. Mettig sowie auf die Entschöner der jetzigen Rechtschreibung. Der Redner sagte seine Forderungen für eine grundlegende Reform der Rechtschreibung in zehn Leitsätzen auf. Starter Beifall dankte dem Redner für seinen lehrreichen Vortrag. Um einer unerlösen Aussprache vorzubeugen, stellte der Vorsitzende fest, daß die heutige Tagung keine entscheidende Instanz sei, daß der nächste Korrektorenkongress 1932 in Stuttgart zur Rechtschreibung entscheidende Stellung nehmen werde und bat, von einer Entschöner abzusehen. Dem stimmte die Versammlung zu. Ein Antrag der Mannheimer Korrektoren forderte tarifliche Bestimmungen für die Befestigung von Korrektorenposten, Befestigung von Arbeitsleistungen und Stellenvermittlung. Obwohl dem mancherlei Bedenken entgegengehalten wurden, fand der Antrag Annahme und wird dem nächstjährigen Korrektorenkongress eingereicht werden. Die Berichte aus den Ortsvereinen zeigten ein wenig erfreuliches Bild. Die Arbeitszeiterhöhung trifft auf die Korrektoren hart. Bei Neueinstellungen wird nur das Minimum angeboten, dabei werden ungenügende Arbeitsleistungen verlangt, sogar Nichtbuchdrucker sind noch als Korrektoren vorhanden. Belastung wurde ferner die Gleichgültigkeit vieler Kollegen betreffs Versammlungsbesuch. In Kassel und Mainz stehen die Korrektoren trotz vieler Bemühungen der Sparte noch fern; was gerade den Züngeln in der Geburtsstadt des Welters nicht zur Ehre gereicht. Ein Antrag auf Trennung der Arbeitsgemeinschaft zwischen den Gauen Frankfurt-Hessen und Mittelrhein wurde gegen eine Stimme abgelehnt. Ein weiterer Antrag, als Vorort Mannheim an Stelle von Frankfurt zu wählen, verfiel mit Dreiviertel-Mehrheit der Ablehnung. Damit hatte sich der Korrektorenkongress mit der bisherigen Führung einverstanden erklärt. Nach beinahe vierstündigen Verhandlungen war die Tagesordnung erledigt; mit einem Hoch auf Verband und Sparte wurde die ereignisvolle Tagung geschlossen. — Bei dem anschließenden gemeinsamen Mittagessen herrschte kollegiale Fröhlichkeit; der Inhaber des Gasthauses „Zum grünen Baum“ hatte auch nichts veräumt, um alle seine Gäste zu erfreuen zu stellen. Der Spätnachmittag war einem Spaziergang mit Damen gewidmet, welcher durch das romantische Birkenauer Tal, vorbei an der Burgruine Windeck und der Wachenburg, nach einem idyllischen Waldrestaurant führte; dort entwickelte sich noch ein recht gemüthliches Buchdruckerleben; auch eine Bildaufnahme wurde nicht veräumt. Für alle Teilnehmer wird der 5. Mittelrheinische Korrektorenkongress ein freudiges Erlebnis in hehrer Notzeit bilden; die Ferngebliebenen haben sich selbst gefestigt.

Freiburg i. Br. In unsrer B. e. r. s. a. m. l. u. n. g. am 20. Juni hatten wir die seltene Gelegenheit, wieder einmal ein Mitglied des Verbandsvorsitzenden begrüßen zu dürfen, und zwar den Kollegen S. w. e. i. n. i. h., der uns ein äußerst erdruckendes Heft über „Gewerkschaftskampf und Krisennot“ hielt. Es ist natürlich unmöglich, im Rahmen eines kurzen Berichts all das wiederzugeben, was der Redner in seinen beinahe zweistündigen Ausführungen klarlegte. Ausgehend von der sehr betrieblichen Tatsache, daß Millionen unsrer Arbeitsbrüder zum Nichtstun verurteilt sind, behandelte er zunächst die Ursachen der heutigen Krise und lieferte den einwandfreien Beweis, daß ihre Ursache im kapitalistischen System zu suchen sind. Diese Erkenntnis bestimmt deshalb auch das Ziel des Kampfes der freien Gewerkschaften. Eingehend erläuterte er die Pläne und Vorschläge, die von seinen Unternehmern zur Anturbelung der Wirtschaft gemacht werden und stellte diesen die Forderungen der Gewerkschaften gegenüber. Da der Kampf um diese Fragen sich aber hauptsächlich in den politischen Parlamenten abspielt, seien wir logischerweise gezwungen, auch in die politische Arena zu steigen und uns an die Partei anzuschließen, die unsren Bestrebungen am weitestgehenden entgegenkommt. Aus diesem Grunde erscheint es höchst unangebracht, wenn beispielsweise der Guttenbergbund aus puren Agitationsgründen uns die Aufgabe der politischen Neutralität nachzuweisen versucht. Der Erfolg, den wir unsren Bestrebungen in Bezug auf Hebung des Reallohnes und Reduzierung der Arbeitszeit wünschen, hänge in erster Linie von der Kraft und Stärke unsrer Gewerkschaften ab, deren Einrichtungen unter allen Umständen intakt gehalten werden müssen. Übergend zu den Krisenauswirkungen, speziell auf die unsren Verbandes, gab er seiner Freude darüber Ausdruck, daß sein Postamt ein derartig verständigvolles Echo gefunden hat, wie zahlreiche Versammlungsbeschlüsse. „Korrespondent“ artikel und Zuschriften an den Verbandsvorstand beweisen. Nachdem nun die diesbezüglichen Beschlüsse des Verbandsvorstandes zur Kenntnis der Mitglieder gelangt sind, wünschte er, daß diesen eine maßvolle und sachliche Kritik beschieden sei und die kollegiale Oberbereitschaft sich aufs neue bewähre. Anbedingte Einigkeit sei das Gebot der Stunde, Zerpfitterungsversuche von rechts und

links müssen an dem gesunden Sinn unserer Kollegen und Gewerkschaftsossen abprallen. Auch der Tag werde wiederkommen, an dem die Gewerkschaften aus der ihnen durch die Krise aufgewungenen Defensive heraustreten können, um ihren Vorkampf nach dem gesteckten Ziel einer Gemeinschaft, in der es keine Ausbeutung mehr gibt und die allen Menschen ihre Lebensessenz garantiert, wieder aufzunehmen. Unter dem starken Einbruch der Unzufriedenheit wurde auf die Diskussion verzichtet, von der lediglich ein Anfänger der Mostauer Richtung Gebrauch machte sowie ein Kollege aus Offenbach. Nach dem Schlußwort des Referenten, dem starker Beifall gefolgt wurde, beschloß ein Liebesvortrag der „Typographia“ die sehr gut besuchte Versammlung. Erwähnt sei noch, daß auch aus den Nachbarbezirken Lehr und Vöhring sowie aus den Druckorten unseres Bezirks zahlreiche Kollegen der Versammlung beimohnten. Dem Vortrag voraus ging die in der einfachen Weise gehaltene Ehrung des Kollegen Paul Groth für 50jährige Verbandmitgliedschaft sowie von 16 Kollegen, die ihr 25jähriges Verbandsjubiläum feiern. Fünf Kollegen konnten in diesem Jahre ihr 50. Berufsjubiläum begehen. Zu Beginn und Ende des Ehrungsaktes brachte die „Typographia“ je einen Chor zum Vortrag, und gab so dem Ganzen eine würdige Umrahmung.

E. Hagen i. Westf. Zur zweiten Bezirksversammlung am 21. Juni in Menden war als Referent zweiter Gauvorsitzer, Kollege Chr. Fette (Köln), erschienen. Aus 10 Druckorten waren über 200 Kollegen, darunter über 40 Arbeitslose, anwesend. Auch eine Anzahl Kollegenfrauen und Jolke, die es werden wollten, hatte das herrliche Wetter zur Mitfahrt veranlaßt. Zunächst ehrten durch Erheben von den Sitzen die Versammelten das Andenken der verstorbenen Kollegen Wiener aus Ursberg und Kruse und Kaiser aus Jerschlo. Aus der Not der Zeit entstanden, mußte der Beschluß gefaßt werden, den die Bezirksversammlungen begehenden arbeitslosen Kollegen in Zukunft fünf 3 M. Gehalt nur noch 2 M., außer der Fahrt, zu zahlen. Der Vortrag des Kollegen Fette, „Wirtschaftspolitische Gegenwartsfragen“, bildete den Hauptpunkt der Tagesordnung, er fand eine äußerst gespannte Zuhörerschaft. Zunächst schilderte er die heutige Krise als einen Kampf zwischen Arbeit und Kapital, bei dem nur erster Glaube und fester Wille, die Grundbedingung jeglichen Fortschritts, die Arbeiterklasse vor dem Schlimmsten bewahren könne. Dann bewies er, daß nicht der Lohnabbau das Hilfsmittel zur Überwindung der Wirtschaft sei. Ferner ging er auf die Nationalisierung und ihre Folgen für das gesamte Wirtschaftsleben und im besonderen für das Buchdruckgewerbe ein, betonte, daß unser Kampf hier nicht dem Fortschritt, sondern nur der wahnsinnigen übernationalen Nationalisierung, die das Heer der Arbeitslosen geschaffen habe, gelten könne. Die heutige Forderung der organisierten Arbeiterklasse müsse die 40-Stunden-Woche sein, um so den Arbeitslosen wieder Arbeitsplätze zu schaffen. Treffende Beispiele zeigten, warum das Unternehmertum gegen die Einführung der 40-Stunden-Woche ist. Eine Regelung aber müsse hier nur durch die Gewerkschaften, nicht von oben kommen, da sonst nicht mit dem unbedingt notwendigen Lohnausgleich zu rechnen sei. Nur aus innerer menschlicher Verbundenheit und Solidarität mit unsern arbeitslosen Kollegen würde die Gewerkschaft bereit sein, bei 50 Proz. Lohnausgleich noch Opfer zu bringen. Ernst warnte er vor gewerkschaftlicher Zerplitterungspolitik, zeigte auch deutlich den Ernst der Lage, der gekennzeichnet würde durch die neuen Beitrags- und Unterhaltungsätze, hoch hervor, daß der Verbandsvorstand von dem ersten Willen beseelt sei, das Beste für die Organisation zu tun. Redner schloß mit den Worten: „Arbeiter, wißt ihr dein Recht. Dann sieht zu, daß du die Macht bekommst.“ Reicher Beifall erscholl, und aus der Diskussion ging deutlich hervor, daß der Vortrag des Kollegen Fette jedem Anwesenden wie aus der Seele gesprochen war. Es wurde betont, lange nicht einen solchen klaren und selbständigen Vortrag zu Gehör bekommen zu haben. Der Vorsitzende dankte dem Redner namens der Versammelten aufs herzlichste. Es wurde beschlossen, dem Bezirksvorstand anheim zu geben, falls nicht wichtige Dinge in Erscheinung treten, die Herbstbezirksversammlung eventuell ganz fallen zu lassen und die hierdurch gemachten Ersparnisse zu Weihnachtsgaben an die Arbeitslosen zu verteilen. Ein anderer Beschluß ging dahin, in Zukunft alle die Kollegen, die den „Korr.“ nicht beziehen und daher in allen wichtigen Dingen nicht unterrichtet sein können, zu veröffentlichen. Ein kräftiges dreifaches Hoch auf den Verband schloß die Versammlung. Bezüglich gebannt sei auch an dieser Stelle der lieben Mendenener Kollegenschaft, die so gastfreundlich unsere Damen aufgenommen, bewirtet und ihnen die Schönheiten der Umgebung gezeigt hat.

Halle a. d. S. Unsere ordentliche Mitgliederversammlung am 12. Juni ließ infolge der warmen Jahreszeit an Besuch zu wünschen übrig. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte die Versammlung eines Verstorbenen und ehrte dessen Andenken in üblicher Weise. Usdamm erteilte Kollege Niebenstahl dem Bezirkssekretär des ADGB, Kollegen Hartmann (Zena), das Wort zu seinem Vortrag: „Die Wirtschaftskrise und die freien Gewerkschaften“. Der Redner führte aus, daß eine Verbesserung der Wirtschaftskrise unter einer kapitalistischen Regierung nicht eintreten wird. Schuld an dieser Krise ist ebenfalls die Rationalisierung, Kurzarbeit und Lohnabbau; dazu kommt noch die Verminderung der Kaufkraft durch die Notverordnung, die den unteren Schichten der Bevölkerung ganz gewaltige Lasten auferlegt. Der Redner kritisierte die Gefährdung von Generaldirektoren, die teilweise ein jährliches Gehalt von 600 000 M. neben einer Pension vom Staate von 10 000 bis 20 000 M. beziehen. Er wies an Hand von Zahlen nach, aus welchen Gefährden der Staat mehr Nutzen ziehen könnte im Gegensatz zu den niedrigen Löhnen der Arbeiterklasse. Durch die hohen Gehälter, die teilweise auch noch im Ausland angelegt sind, werden der Volkswirtschaft jährlich Milliarden entzogen. Der Referent kam in seinen Ausführungen auch auf das freundschaftliche Spiel der SPD. mit den Arbeitslosen zu sprechen, indem die SPD-Leute, die ja äußerlich für den 7-Stunden-Tag und Lohnreduzierung „kämpfen“, jetzt außer Lohnabbau noch den 9-Stunden-Tag einführen, ohne Bezahlung der Überarbeit; somit also die Arbeitslosen ihrem Elend selbst überlassen. Ferner haben SPD-Zeitungen, weil sich die Austrägerinnen einen ziemlich krassen Lohnabbau nicht beugten, dieselben entlassen und die Austragung ihrer Zeitungen einem Verlagsunternehmen übertragen, welches

nun für die SPD. den Lohnabbau vornimmt. Zum Schluß forderte Kollege Hartmann in seinen Zusammenfassungen in den Gewerkschaften gegen den Kapitalismus und gegen alle Zerwürfisse der Gewerkschaften. In der Diskussion sprachen zwei SPD-Mitglieder, welche dem Referenten eine unbegründete scharfe Kritik entgegenwarfen, die mit dem eigentlichen Thema nichts zu tun hatte. Im Schlußwort regnete der Referent mit den beiden Malts und Wiesenrednern ab und sagte ihnen, daß die SPD. es mit der Wahrheit nicht so genau nimmt. Im Anschluß an das Referat wurde der Versammlung folgende Entschließung vorgelegt, die auch einstimmig angenommen wurde: „Die Mitgliederversammlung vom 12. Juni 1931 des Ortsvereins Halle im Verband der Deutschen Buchdrucker nimmt Kenntnis von der neuen Notverordnung der Regierung und erklärt, daß die in ihr enthaltenen Verschärfungen der sozialen Einrichtungen, die bedauerlichen Belastungen der wertvollen Bevölkerung bei gleichzeitiger Schonung des Besitzes für die Arbeiterklasse völlig untragbar sind. Die Versammelten erwarten von ihrem Verbandsvorstand sowie dem ADGB, daß sie nichts unversucht lassen, um eine Änderung dieser sozialen und volkswirtschaftlichen Bestimmungen herbeizuführen. Sollte die Regierung Brüning auf ihrer arbeitseindringlichen Haltung beharren, so erwarten die Versammelten gleichzeitig von den Arbeitervertretern in den Parlamenten, daß sie der Regierung hinsichtlich der Gefolgschaft versagen und von den Notwendigkeiten der Zeit Gebrauch machen.“ Anschließend hatete der Vorsitzende dem Kollegen Hartmann den Dank ab für das interessante Referat. Bei der Verteilung des Standes des Arbeitsnachweises war noch keine Besserung zu erkennen. Kollege Niebenstahl machte auf die Beachtung der Notizen in den „Mitteilungen“ besonders aufmerksam. Als Arbeitslosenaußenmitglied wurden drei Kollegen gewählt. Zum Kassierbedient gab Kollege Fette eine Erläuterung, worauf die Entlastung erfolgte. Der Vorsitzende ersuchte die Kollegen um zahlreiche Beteiligung an den Veranstaltungen der Berliner Jungbuchdrucker anfänglich ihrer Wanderversammlung in Halle. Nach Behandlung einiger interner Angelegenheiten stellte Kollege Groth eine Notiz im Versammlungsbericht der Korrespondenten im „Korr.“ Nr. 40 richtig. Mit einem Appell zur stärksten Aktivität in dieser ersten Zeit wurde die Versammlung geschlossen.

Bezirk Karlsruhe. Am Sonntag, dem 21. Juli, hielt unser Bezirk in dem idyllisch am Fuße des Schwarzwaldes gelegenen Landstädtchen Ettlingen seine diesjährige Jahreshauptversammlung ab. Der Bezirksleiter, Kollege W. Maier, konnte mit herzlichsten Worten die stattliche Zahl von etwa 350 Kollegen begrüßen. Sämtliche Bezirksorte waren vertreten. Besondere Begrüßung widmete der Vorsitzende dem Kollegen Schweiniß (Berlin), der in dankenswerter Weise das Referat für die Versammlung übernommen hatte, sowie dem Gauvorsitzer Sandfort (Freiburg). Mit dem himmelsvoll vorgetragenen Chor „Sturm“ von G. H. Hoffmann durch den Kollegenchor „Typographia“ wurde die Tagung eröffnet. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende der im Laufe des Geschäftsjahres durch Tod ausgeschiedenen Mitglieder, insbesondere des Seniors des Bezirksvereins, des Kollegen Hermann Seib, der 62 Jahre lang Mitglied der Organisation war. Unter „Vereinsmitteilungen“ sei besonders erwähnt die Herausgabe einer Broschüre der Prinzipale über den Königsberger Fall, der von der Prinzipalkasse zum Anlaß einer Klage gegen den Verbandsvorstand sowie gegen den Gauvorsitzer Reischer (Königsberg) auf Schadensersatz von 200 000 M. genommen wurde. Wie die Prinzipalkasse rüft, mit einem eventuellen Streit begegnen zu können, zeigt ein vertrauliches Rundschreiben von Berlin, aus dem zu ersehen ist, daß die Leitung des ADGB. eine „technische Nothilfe“ in der die Söhne, Faktoren usw. zusammengefaßt werden sollen, errichten will. Den Mittelpunkt der Versammlung bildete das Referat des Kollegen Schweiniß (Berlin) über „Gewerkschaftskampf und Krisennot“. In einunddreißigteiligen Ausführungen verhandelt es der Referent, den Kollegen all die Schwierigkeiten und Aufgaben des Gewerkschaftskampfes in der Krisenzeit zu schildern. Ausgehend von dem materiellen Elend unserer Arbeitslosen und den Einwirkungen der Krise auf die, die noch in Arbeit und im Kampf um Erhaltung ihrer wirtschaftlichen Existenz stehen, wurden Ursachen und Verlauf der Krisen einst und jetzt aufgezeigt und die krisenverhärtende Wirkung der Reparationslasten und der Rationalisierung hervorgehoben. Preisbindungen verhindern das Absinken der Warenpreise. Künstlich überhöhte Warenpreise und erzwungener Lohnabbau verhindern die Bildung neuer Kaufkraft und dadurch den konjunkturellen Wiederaufstieg. Unsere Forderung muß deshalb lauten: Schluß mit dem Lohnabbau, herunter mit den Preisen! Die Frage der Arbeitszeitverkürzung wurde von uns frühzeitig zur Diskussion gestellt. Ihre Notwendigkeit und auch ihre Konsequenzen wurden aufgezeigt. Die Durchsetzung unserer Forderungen ist abhängig von der Macht, die wir haben. Übergehend auf die jüngste Notverordnung mit all ihren sozialen Ungerechtigkeiten, kam der Referent dann zum Schluß auf die finanzielle Lage unserer Organisation und die ab 28. Juni 1931 in Kraft tretenden neuen Beitrags- und Unterhaltungsbestimmungen zu sprechen. In klarer Weise zeichnete er ein deutliches Bild unserer Finanzen. Die Stärkung dieser muß das Bestreben der gesamten Gewerkschaft sein, um unsere Organisation selbsttätig und intakt zu halten. Die Finanzkraft ist ein wesentlicher Machtfaktor der Gewerkschaften. Wenn neben der Beitrags-erhöhung auch eine Herabsetzung der Unterhaltungsätze beschlossen wurde, so wurde damit dem auch von den Unterhaltungsbezieheren vertretenen Grundsatze entgegen, gemeinsame Not auch gemeinsam zu tragen. Das Vertrauen zum Verband und seiner Führung muß erhalten bleiben, auch wenn wir gegenwärtig auf der Stelle treten müssen. Zweifelt und Spaltungsvorwürfen muß entschieden entgegengetreten werden. Durch Zerstückelung schädigen wir uns nur selbst zum Vorteil unserer Gegner. Kollege Schweiniß schloß seine Ausführungen mit dem Appell, daß Zusammenhalt, Solidarität und Vertrauen die modernen Gewerkschaften befähigen wird, auch die Schwierigkeiten der Gegenwart zu meistern. Reicher Beifall lohnte die trefflichen Ausführungen. In der nun einsetzenden regen Diskussion wurde vom Vorsitzenden speziell die neue Notverordnung einer kritischen Betrachtung unterzogen, wobei er all die vielen Schattenseiten, von denen wiederum das arbeitende Volk, also die Masse der Bevölkerung

Deutschlands, in Mitleidenschaft gezogen wurde, aufzeigte. Außerordentliche Erregung herrschte darüber, daß ganz klar aus der Notverordnung wieder ein besonderer Schutz für die Besitzenden hervorging. Eine im Sinne dieser Ausführungen eingeleitete Entschließung wurde einstimmig angenommen. Infolge der vorgerückten Zeit wurde vom Vorsitzenden der Geschäfts- und Kassenbericht für das vergangene Geschäftsjahr in kurzen Zügen gegeben, da er den Mitgliedern schon vor Wochen gedruckt zugegangen war. Aus dem Bericht wurde besonders die hohe Arbeitslosigkeit hervorgehoben, die in Verbindung mit den letzten Lohnabbauanstrebungen der Prinzipale der Verwaltung eine fortwährende Betätigung auferlegte. Der Mitgliederstand betrug am 31. Dezember 1930 1007, so daß wiederum eine erfreuliche Aufwärtsbewegung festzustellen ist. Dazu kommen noch 200 Lehrlinge und 60 Knausben. Kassenbestand am 1. Januar 1931: 18 401,88 M., am 1. Januar 1930: 16 067,24 M., Vermögenszunahme 2334,64 M. Das in den letzten Wochen auch in Karlsruhe in Erscheinung getretene sogenannte „grifflige“ Organisations-Gutenberghund wurde nur kurz gestreift. Es wurde festgestellt, daß das Dugend Mitglieder, das sich der Gutenberghund mit seinen Helfern, katholischen Geistlichen usw., in den letzten Monaten ergattert hat, obendrein nur mit Unterstützung der Vorgesetzten, Direktoren, ja selbst der Arbeitgeber, niemals wirkliche Arbeiterinteressen vertreten kann, weshalb die Versammlung über diese Art von Organisations-ohne Debatte zur Tagesordnung überging. Die Jahresabrechnung konnte erfreulicherweise mit einem anschließenden überaus abgeklärten werden. Dem Antrag der Referenten auf Entlastung wurde einstimmig entsprochen und der Verwaltung Dank und Anerkennung gezollt. Daß die Geschäftsführung des Bezirks sich in den besten Händen befindet, ging aus der einstimmigen Wiederwahl des Bezirksvorstandes hervor. Ein besonders erfreulicher Teil der Tagesordnung war die Ehrung unserer Jubilare, von denen in diesem Jahr wiederum sechs Kollegen für 50jährige und 81 für 25jährige Mitgliedschaft geehrt wurden; gewiß ein gutes Zeichen für die Solidarität und Stabilität unserer Organisation und ein lebendiges Beispiel zur Nachahmung unser Nachwuchs. Über die eingegangenen Anträge zweier oppositioneller Kollegen mußte teils wegen ihrer Unersitzbarkeit und Gesetzwidrigkeit zur Tagesordnung übergegangen und ein anderer abgelehnt werden. Mit einem Hoch auf die Organisation, in das die Versammlung begeistert einstimme, konnte die interessante Tagung geschlossen werden. — Nachmittags vereinigten sich die Kollegen mit ihren Angehörigen zum Bezirksjohannisfest, wobei die „Typographia“ Proben ihres Könnens ablegte. Das Buchdruckerorchester hatte den instrumentalen Teil übernommen, wobei die alte Buchdruckergemeinschaft seit langer Zeit einmal wieder auf ihre Rechnung kam. Bei verschiedenen Spielen für alt und jung nahm auch das Bezirksjohannisfest einen gemütlichen und eindrucksvollen Verlauf. Erst in später Abendstunde, nach einem besonders angelegten flotten Tänzen für die Jugend, trennte man sich in dem Bewußtsein, einen Tag kollegialer Verbundenheit verbracht zu haben. Auch der zahlreich anwesenden arbeitslosen und auf der Krise befindlichen Kollegen wurde gedacht, indem diesen neben dem Festgeld auch das Mittagessen und ein Festgeld in Höhe von 2 M. verabreicht werden konnte.

Kottbus. Am Sonntag, dem 21. Juni, hatten sich im festlich dekorierten Saal des „Volkshauses“ in Kottbus etwa 300 Kollegen zur Bezirksversammlung zusammengefunden, um den 50. Geburtstag des Bezirkskottbus in schlichter und eindrucksvoller Weise zu begehen. Der Hauptvortrag der Gauvorsitzenden, die benachteiligten Bezirksvereine, Vertreter des Magistrats der Stadt, des ADGB, sowie der SPD, überbrachten dem Jubelverein persönlich die besten Glückwünsche und Grüße und überreichten praktische und wertvolle Geschenke. Der musikalische Teil der kollegialen Feierstunde wurde ausgefüllt durch künstlerische Vorträge eines erstklassigen Quintetts und Gesangsvorträge der „Typographia“ (Kottbus), welche dem Tag entsprechende Chöre zu Gehör brachte. Nachdem die letzten Weisen, welche einen tiefen Eindruck hinterließen, vertlungen waren, wurde nach einer kurzen Pause in die eigentlichen Verhandlungen eingetreten. Der Vorsitzende, Kollege Gurt, eröffnete den Bezirkstag und begrüßte namens des Vorstandes die erschienenen Kollegen sowie die auswärtigen Gäste. Aus den Berichten war zu entnehmen, daß des öfteren gerichtlich eingeschritten werden mußte, um den Kollegen zu ihrem Recht zu verhelfen. Der Gesamtvorstand wurde einstimmig wiedergewählt. An Stelle des verchiedenen Kollegen Barth war als Referent Kollege Höhn e. o. vom Verbandsvorstand erschienen, der über das Thema „Die Wirtschaftskrise und die Arbeiterklasse“ sprach. In 12teiligen Ausführungen zeigte der Redner an Hand reichen Materials die Gefahren auf, die heraufziehen, wenn es nicht gelingen sollte, durch einiges und geschlossenes Handeln und durch gegenseitiges Vertrauen die Organisation intakt zu halten. Nur in diesem Zusammenhang und aus der Zeit der Not sei auch die Neuordnung der Beiträge und Unterhaltungen eine zwingende Notwendigkeit geworden. Nur gute Geschlossenheit und Opfermut jedes einzelnen Kollegen können über die aller schwersten Klippen hinweghelfen. Eine rechte rege Diskussion folgte nach dem Referat ein. Besonders scharf wurde über die Notwendigkeit der Notstandsunterstützung an Ausgehruerte. Die Versammlung erkannte an, daß Opfer gebracht werden müssen, konnte es aber nicht verstehen, daß auch den Ausgehruerten die Bezüge geschmälert werden sollen, weil hierin eine Gefahr erblickt wird. Nach einer langen und manchmal recht heftigen Aussprache, an der auch der Gauvorsitzer Kollege Reints sich beteiligte, fand folgende Resolution an dem Verbandsvorstand fast einstimmige Annahme: „Der Bezirkstag Kottbus verlangt vom Verbandsvorstand, daß er bei eventuellem Einführung der gesetzlichen 40-Stunden-Woche Lohnausgleich und Einstellungsstauung zur Bedingung macht. Ferner hat der Verbandsvorstand den ADGB. aufzufordern, die Reichsregierung zu zwingen, den Lohnabbau endgültig einzustellen. Da ein außerordentlicher Verbandsstag leider nicht in Frage kommt, hat der Verbandsvorstand Mittel und Wege zu suchen, dem Verband die frühere Bewegungsfreiheit und Kampfkraft wiederzugeben.“ Ein Antrag Finkenwalde, dem Vorstand die laufenden Bezüge um 200 M. zu kürzen, wurde abgelehnt. Der Dringlichkeitsantrag des Ortsvereins Forst, im Jahre nur einen Bezirkstag abzuhalten und dafür den Beitrag um 5 M. zu senken, verfiel gleichfalls der Ab-

Lehnung. Dem Vorstand wurde Vollmacht erteilt, eventuell im Herbst eine Verbandsversammlung einzuberufen. Die übrigen Punkte fanden glatte Erledigung, so daß der Vorsitzende um 4 Uhr mit einem dreifachen Hoch auf den Verband die sehr anregende Tagung schließen konnte. — Der Ortsverein Rottbus hatte für den Nachmittag im Garten des „Volkshauses“ sein „S o h a n n i s f e s t“ vorbereitet, an dem sich die Kollegen des Bezirks beteiligten. Bei prächtigem Wetter wechselten in dunter Reihenfolge Quadrate, Befestigungen für jung und alt und Wulst ab. Die „Epigraphia“ sorgte durch Gelangensvorträge für die nötige Abwechslung. Ein gemüthliches Tanzen hielt die Kollegenhaft bis zu mitternächtlicher Stunde bei bester Laune zusammen.

Reipzig. Der **L o h n t o n f i k t** im Betriebe der hiesigen Firma **H e s s e & B e c k e r** ist auf dem Vereinbarungswege beigelegt worden. Die WiederEinstellung der Ausständigen soll in mehreren Etappen erfolgen.

Mühlhausen (Thür.). Eine gut besuchte **V e r s a m m l u n g** der graphischen Arbeiterhaft fand am 18. Juni im „Volkshauses“ statt. „Schluß mit dem Lohnabbau — Her mit der Arbeitszeitverkürzung“, so lautete das Thema, über welches **G a u s e r t** **W a c h n e r** vom Buchbinderverband sprach. Ausgehend von den Ursachen der Weltwirtschaftskrise und deren Wirkungen für die Arbeiterhaft, schilderte er an Hand von drastischen Beispielen, daß das heutige Unternehmertum drauf und dran sei, eine neue Lohnabbauwelle in Szene zu setzen und außerdem versuche, die Auflockerung des Tarifvertragswesens zu erreichen, um die Gewerkschaften bei der Festschreibung der Lohn- und Arbeitsbedingungen auszuschalten. Diefem Beginn müsse die geschlossene Abwehrfront der Arbeiterhaft entgegengeleitet werden. Schärfer Kampf habe auch einzuleiten gegen die neue Notverordnung und für die Erreichung der 40-Stunden-Woche. Die graphischen Verbände seien in erster Linie dank ihrer Organisationsstärke dazu berufen, Sorgen der Sie für reifliche Aufklärung aller Laien und Stärkung der Stoßkraft der Verbände durch Werbung neuer Mitglieder, denn nur durch eine geschlossene Einheitsfront kommen wir zum Ziel! — In folge der Vortragende seine Ausführungen. Der Beschl. der dem Referenten geollt wurde, wie auch die Ausführungen der einzelnen Diskussionsredner zeigten, daß der Kampfsgeist in der graphischen Arbeiterhaft im Steigen begriffen ist. Nachstehende Resolution fand einstimmige Annahme: „Die am 18. Juni 1931 in Mühlhausen stattfindende graphische Verammlung nahm Stellung zu dem von der Regierung und Unternehmertum weiterhin geplanten Lohnabbau. Die Verammlung protestiert mit aller Schärfe gegen jede weitere Senkung des Reallohnes und die Lockerung der Tarif- und Sozialgesetzgebung. In einer weiteren Senkung der Massenlöhne ist die Anwesenheit eine weitere Verschärfung der Wirtschaftskrise. Die Notverordnung vom 5. Juni wird abgelehnt und ihre Aufhebung ganz energisch gefordert. Das Unternehmertum und die Regierung Brünnlein seien in letzter Stunde gewarnt, den Hagen zu überspannen. Die graphische Arbeiterhaft Mühlhausens fordert mit allem Nachdruck die sofortige Einführung der 40-Stunden-Woche mit Einstellungsstopp und tragbarem Lohnausgleich. Einig und geschlossen wird sie jedem weiteren Lohnabbau entgegenzutreten und auch vor dem letzten Mittel, der Arbeitsniederlegung, nicht zurückzureden.“

Allgemeine Rundschau

25 Jahre Gauswieser. Am 22. Juli d. J. kann Kollege **M a r t i n B r i t t e r** in Kiel auf eine 25jährige ehrenamtliche Gausvorstandstätigkeit im Gau Schleswig-Holstein zurückblicken. Während dieser Zeit hat er als getreuer Anwalt der Gehilfenhaft die organisatorischen und tariflichen Interessen seines Gausgebietes wirkungsvoll vertreten, und es ist nicht zuletzt sein persönliches Verdienst, wenn die Kollegenhaft des Gaus Schleswig-Holstein selbst in dieser fürchterlichen Zeit in unerhöhter Einigkeit zusammenhielt. Im Jahre 1906 an Stelle seines langjährigen Amtsvorgängers **S. Chr. Heismann** zum Gausvorsitzer gewählt, hat sich Kollege **Britter** jederzeit als vertrauenswürdigster Führer bewährt. Es dürfte wohl kaum einen Kollegen in seinem engeren Wirkungskreis geben, dem der Fleiß und die Gewissenhaftigkeit des Jubilars in seiner vieljährigen Tätigkeit als Gausvorsitzer nicht hohen Respekt abgenötigt hätte. In der Befriedigung, die in dem Bewußtsein liegt, seine Pflicht als verantwortungsbewußter Verbandsfunktionär nach besten Kräften allezeit redlich erfüllt zu haben, darf Kollege **Britter** mit vollem Recht den schönsten Lohn erldien für seine unermüdbare Organisationsarbeit. Zenes Bewußtsein hilft auch über mancherlei Arger und Verdruß hinweg, die nun einmal keinem Gausfunktionär erspart bleiben und sein allgemeinbildendes Wirken noch schwieriger und aufreibender gestalten als es ohnehin schon ist. Namens der Verbandskollegenhaft entbieten wir unserm Kollegen **Martin Britter** zu seinem Ehrentage hiermit Glückwunsch und Gruß. Möge es ihm vergönnt sein, in abgewandter geistiger Spanntheit und körperlicher Mächtigkeit noch lange für den Gau Schleswig-Holstein und damit für die Gesamtsantorganisation tatkräftig zu wirken!

Schadensersatz und weitere Lohnabbaupekulation des Deutschen Buchdrucker-Vereins. Wie wir schon in Nr. 46 des „Korr.“ vom 10. Juni d. J. an dieser Stelle mitgeteilt haben, hat der Deutsche Buchdrucker-Verein am 19. Mai gegen unsern Verband (Verbandsvorstand) und den Gausvorsitzer von Ostpreußen (Kollegen **Reisner**) bei dem Berliner Arbeitsgericht wegen des Königsberger Konflikts im Februar d. J. eine Schadensersatzklage auf zunächst 6100 M. von insgesamt 200 000 M. eingereicht. Außerdem glaubt der Hauptvorstand des DBV, durch gerichtliche Entscheidung, es bei Weibung von Geld- oder Haftstrafen für jeden weiteren Fall einer Zuwiderhandlung zu erreichen, daß unsern Verband jegliche Aufforderung an seine Mitglieder zur Abwehr des Abbaues über-tariflicher Entlohnung unmöglich gemacht und damit freie Bahn für weiteren Lohnraub gegeben werde. Die gerichtliche Gegenüberstellung und Prüfung der klagerrischen Begrün-

dung dieser arbeiter- und wirtschaftsfeindlichen Forderungen des Deutschen Buchdrucker-Vereins wurden am 15. und 16. Juli vor der Kammer des graphischen Gewerbes am Berliner Arbeitsgericht vorgenommen. Da jedoch trotz eineinhalbstündiger Dauer der Verhandlungen angelehnt der mit Hilfe von drei Doktoren als Klagevertreter des DBV äußerst komplizierte Sachverhalt in beiden Streitfragen eine objektive Scheidung zwischen juristischen Phantasien und wirtschafts- wie tarifpolitischen Realitäten nicht möglich war, wurde die Entscheidung trotz sachlicher Hingabe von Richter und Beisitzern auf einen späteren Termin vertagt. Da wir nach dem bisherigen Verlauf der Verhandlungen und der dabei zutage getretenen Spezialisierung aller Einzelheiten der Klagegründe keine Ursache haben, die Entscheidungsfreiheit des Gerichts auch nur im geringsten zu beeinflussen, stellen wir eine eingehendere Berichterstattung über diese Verhandlungen bis nach der Urteilsverkündung und -begründung zurück. Festgestellt sei vorläufig nur, daß bezüglich der tarifrechtlichen Verantwortlichkeit für Einhaltung der Friedenspflicht nach § 32 des Manteltarifs durch unsern Verbandsvorstand die Vertreter der Schadenersatzklage in allen Teilen ins Leere griffen, und daß selbst das noch schärfer umstrittene Verhalten unfres Kollegen **Reisner** sich in eine mehr subjektive als objektive Beweisführung aufstellte. Was jedoch von den in Nr. 35 des „Korr.“ vom 2. Mai d. J. im Rahmen des Artikels „Königsberger Zweipartigkeit“ mitgeteilt worden und nachträglich den Lesern des „Korr.“ zur Kenntnis gebrachten beiden Entscheidungen der Königsberger Kollegenhaft nur mit einigen Vorbehalten gesagt werden kann. Trotzdem befindet sich die „Zeitschrift“, die in ihrer Nr. 57 vom 17. Juli einen zwar kurzen aber tendenziösen Verhandlungsbericht brachte, in einem sehr großen Irrtum, wenn sie schreibt, daß die von den Beklagten in ihrem Erwidierungsschriftsatz gemachten Ausführungen widerlegt werden konnten. Denn nicht nur für den Verbandsvorstand konnte der Nachweis restloser und einwandfreier Erfüllung seiner Friedenspflicht erbracht werden, sondern auch von den mehr perönlichen als sachlichen Berdächtigen des Kollegen **Reisner** blieb nur so viel übrig, daß dieser in äußerst schwieriger Lage alles getan hat, um ein möglichst rasches und erträgliches Ende des durch leichtfertige fristlose Entlassung der betreffenden Personale prinzipalsseitig aufs äußerste verschärften Konflikts herbeizuführen; was aber angeht das Bestreben eines unverantwortlichen Abwehranspruches oder Nebeninteresses des Vereins ostpreussischer Zeitungsverleger, die Not der Zeit in rücksichtsloser Weise zum Nachteil der Gehilfenhaft auszunutzen, keinen Erfolg haben konnte. Daß insolge dessen der angebliche Schaden, der den Prinzipalen durch die längere Dauer des Konflikts erwachsen sein soll, auf deren eignes Verschulden zurückzuführen ist, wurde mit aller Deutlichkeit nachgewiesen; wobei immer noch an Hand der Gehilfenbücher aller in Frage kommenden Firmen der sogenannte Schaden im einzelnen durch gerichtliche Nachprüfung und Sicherstellung nachzuprüfen wäre. — Bezüglich des zweiten Teiles der Klage, die auf Unterbindung gewerkschaftlichen Schutzes gegen willkürlichen Lohnraub abzielt, wurde von unserm Verbandsvorsitzenden mit aller Deutlichkeit der Standpunkt vertreten, daß es sich hierbei um eine außerhalb der tariflichen Vertragspflicht stehende rein gewerkschaftliche Aufgabe handelt. Die Ansicht der Prinzipale, daß der im Tarif festgesetzte Tariflohn ein Normallohn und kein Mindestlohn sei, findet ihre Widerlegung schon rein äußerlich darin, daß laut der letzten Verbandsstatistik rund 80 Proz. der Gehilfen einen **h ö h e r e n** Lohn als nur den Tariflohn haben. Daß die Prinzipalvertreter diese unbedenkenliche Tatsache als „Beweis“ für die von ihnen als allein maßgebend beurteilte Charakterisierung des Tariflohns und dessen vermeintliche vertragsrechtliche Unanfechtbarkeit bezeichneten, ließ die Faden-scheinigkeit einer solchen Argumentation nur um so deutlicher hervortreten. Was sonst noch zu diesen mehr arbeiterfeindlichen als auf seitgemäße wirtschaftliche Benutzung abgestellten prinzipalsseitigen Tendenzen im Verlauf dieser Gerichtsverhandlungen zu sagen wäre, sei — wie schon gesagt — zurückgestellt, bis die Entscheidung des Gerichts gefallen ist. Vorzeit möchten wir nur noch die in der „Zeitschrift“ zum Abdruck getommene Forderung, daß auch diesem weiteren Klageantrag des DBV, unsern Verband „zur Unterlassung seiner Einmischung in die über-tarifliche Bezahlung zu verurteilen, entprochen wird“, lebendig als Zeichen dafür bewerten, daß die Klagevertreter wenig Verständnis dafür zu haben scheinen, wie tief sie sich damit für die Zukunft ins eigne Fleisch schneiden werden!

Begintt es endlich zu dümmern? Die „Augsburger Postzeitung“, eines der führenden Blätter der Bayerischen Volkspartei und auch des Zentrums, veröffentlichte in der vorigen Woche an hervorragender Stelle und in starker Aufmachung eine Zuschrift von ihrem, besonderen Mitarbeiter“, deren wesentlicher Inhalt folgendes besagt: „Anwählung! Die Entthronung des heutigen freien Kapitalismus!“ Das sind Tatsachen: Erstens: Was wir jetzt erleben, ist keine Krise der Reichshinngen. Nicht das Reich hat die Kreditkrisis nötig, sondern die Wirtschaft. Zweitens: Nicht das Reich hat sich an die Wirtschaft als Hilfe gewandt, sondern die Dinge liegen genau umgekehrt. Drittens: Das Reich sucht einen ausstehenden und langfristigen ausländischen Kredit zu bekommen, nicht für seine eignen Bedürfnisse, sondern um der Wirtschaft, die die jetzigen Entwicklungen nicht aufhalten konnte und zu ihrer Überwindung aus eigener Kraft gar nicht fähig ist, aus schwerer Notlage herauszuhelfen. In dieser Gestalt der Dinge liegt eine — man muß schon beinahe sagen — naturgesetzliche Entwicklung. Das bisher herrschende sogenannte und auch nur sogenannte „freie“ kapitalistische Wirtschaftssystem ist entthront und gestürzt. Im Zeichen dieser sogenannten „freien“ kapitalistischen Entwicklung haben wir die stärkste Zwangswirtschaft erlebt, die alles,

was einem noch so ausgeklügelten System des Staatssozialismus auch nur annähernd gleich kommen könnte, noch weit übertrifft. Es ist doch geradezu besänftend für die sogenannte freie Wirtschaft und für das heutige kapitalistische System, daß es noch nicht einmal im Jahre war, eine einzige Bank, die doch durch eine Geldpolitik zugrunde ging, die bis dahin den Beifall fast der ganzen Wirtschaft hatte, von den unmittelbar Beteiligten zu halten, sondern daß man es darauf ankommen lassen wollte, sie rücksichtslos dem Verderben preiszugeben. Wäre in diesem Augenblick die Reichsregierung nicht eingegriffen, so wäre heute von der sogenannten freien Wirtschaft, ob es sich nun um Banken oder Industrieunternehmungen handelt, kaum noch viel übrig. Nun ist aber die große Umwälzung da! Die bisherige Epoche des freien, kapitalistischen Systems ist abgeschlossen. Eine neue Epoche beginnt, und nun hat der Staat, hat die Regierung, hat die Führung, hat die Persönlichkeit das Wort.“ Dem haben wir wirklich nichts hinzuzufügen.

AGD-Lohn ist nicht Tariflohn. Im Oktober wurde, wie von uns seinerzeit berichtet, zwischen der „revolutionären Gewerkschaftsopposition“ und einem neuen einheitlichen Verlag der kommunistischen Zeitungen: „Rote Fahne“, „Welt am Abend“ und „Berlin am Morgen“ ein „Tarifvertrag“ abgeschlossen, der die bisherigen Löhne und Arbeitsbedingungen des Austragepersonals dieser kommunistischen Zeitungen erheblich verschlechterte. Der neue einheitliche Verlag nannte sich Allgemeine Zeitungs- und Zeitschriftenvertriebsgesellschaft m. b. H. Die Verlage der kommunistischen Zeitungen hatten sich zu einem einheitlichen Verlag zusammengefaßt, angeblich aus Gründen der Rationalisierung, gegen die die AGD, sonst sehr zu Felde zieht, wenn sie sich nicht in kommunistischen Betrieben abspielt. Die „Rationalisierung“ bei den kommunistischen Berliner Zeitungsunternehmen und der famose Tarifvertrag der AGD, waren bekanntlich damit verbunden, daß die Löhne des Austragepersonals um 33 1/2 Proz. gekürzt wurden. Dieser Vertragsabschluss erfolgte, ohne daß vorher die mit dem Gesamtverband (Verkehrsbund) abgeschlossenen Tarifverträge gekündigt worden wären. Ein großer Teil des Austragepersonals, der sich mit diesem „revolutionären“ Vertrag nicht einverstanden erklären wollte, wurde kurzerhand auf die Straße gesetzt. In einer Klage, die eine entlassene Austrägerin der „Welt am Abend“ gegen ihren Speiditeur anstregte, entschied das Arbeitsgericht, daß der AGD-Tarifvertrag rechtsunwirksam sei, weil die alten Tarifverträge des Verkehrsverbundes mit den kommunistischen Zeitungsunternehmen noch zu Recht bestehen. Der Speiditeur und somit die kommunistischen Zeitungsunternehmen wurden verurteilt, der Klägerin nicht nur den Lohn für die vierzehntägige Kündigungsfrist zu zahlen, sondern darüber hinaus auch den Differenzbetrag zwischen dem neuen AGD-Lohn und dem vom Verkehrsverbund vereinbarten Tariflohn. Damit hatte das Arbeitsgericht entschieden, daß sich die AGD, nicht einfach über Verträge hinwegsetzen kann, die die Gewerkschaften für ihre Mitglieder abgeschlossen haben. Gegen dieses Urteil legte der beklagte Speiditeur Berufung ein, mit der er aber vom Landesarbeitsgericht abgewiesen wurde. Das Landesarbeitsgericht machte sich im allgemeinen die Urteilsbegründung des Arbeitsgerichts zu eigen, in der es unter anderem heißt: „Parieren eines Tarifvertrags im Sinne des § 1 der Tarifvertragsordnung können nur tarif-fähige Vereinigungen sein; diese Voraussetzungen erfüllt aber das Zeitungsaustragepersonal, vertreten durch eine gewählte Lohnkommission, nicht.“ Diese Lohnkommission bestand nämlich nur aus AGD-Leuten, die die Befehle ihrer kommunistischen Verleger gehorsamst entgegengenommen hatten. Damit ist also auch vom Landesarbeitsgericht bestätigt worden, daß das Austragepersonal der kommunistischen Berliner Zeitungen Anspruch auf Bezahlung nach den Sätzen des Tarifvertrags hat, die der Gesamtverband (Verkehrsbund) mit diesen Unternehmen abgeschlossen hat. Dieses Landesarbeitsgerichtsurteil gibt auch unsern Kollegen die Möglichkeit, sich gegen die ihnen in den kommunistischen Betrieben unter dem Druck der Verhältnisse oktroyierten „freiwilligen“ Arbeitsleistungen zur Wehr zu setzen. Auch hier gilt unser Tarif und nicht das Diktat der Postauer Befehlsempfänger.

Wahnahmen zur Abwehr heckerlicher Berichterstattung. In der Woche der Notverordnung ist die am 17. Juli in Kraft getretene Presse-Notverordnung geeignet, unser besonderes Interesse in Anspruch zu nehmen. Sie richtet sich, wie der Inhalt derselben augenfällig erkennen läßt, gegen die Pressefreigeizigkeit der extremen Fügelparteien, die ja auch in Erkenntnis dessen zu der Notverordnung in ihrem Sinne Stellung nehmen. Die Verordnung hat folgenden Wortlaut: § 1. Der verantwortliche Schriftleiter einer periodischen Druckschrift ist verpflichtet, auf Verlangen der obersten Reichs- und Landesbehörden oder der von ihnen bestimmten Stellen Kundgebungen sowie Entgegnungen auf die in der periodischen Druckschrift mitgeteilten Tatsachen ohne Einschränkung oder Weglassung unentgeltlich aufzunehmen. Der Abdruck hat unverzüglich, bei Tageszeitungen spätestens in der nach Eingang der Kundgebung oder Entgegnung nächstfolgenden, für den Druck nicht bereits abgeschlossenen Nummer zu erfolgen. Die Kundgebung oder Entgegnung ist an der vom Einbinder bestimmten Stelle, mit der von ihm bestimmten Überschrift und in der von ihm bestimmten Schrift zum Abdruck zu bringen. Eine Stellungnahme zu einer Entgegnung in der gleichen Nummer ist unzulässig. § 2. Druckschriften, durch deren Inhalt die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet wird, können polizeilich beschlagnahmt und eingezogen werden. Periodische Druckschriften können verboten werden: 1. wenn der Vorbericht des § 1 zuwidergehandelt wird oder 2. wenn durch ihren Inhalt die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet wird. Die Vorschriften des § 2 Absatz 2, 3, § 3, § 15 Absatz 1 der Verordnung zur Bekämpfung politischer Ausdruckschriften vom 23. März 1931 („Reichsgesetzblatt“ Seite 70) gelten entsprechend. Diese Verordnung ist auf einen entsprechenden Antrag des Preussischen Staatsministeriums an das Reichskabinett zurückzuführen. Sie rüht sich auf das französische Presseverbot und war notwendig geworden in Anbetracht der maßlosen Übergriffe, die sich rechts- und linksradikale Blätter in den letzten Tagen geleistet haben. Ihre Aufhebung erfolgt, sobald die betreffenden Blätter zu ihrer Einsicht gelangt sind, daß sie es so wie bisher nicht weiter-treiben können und Gewähr dafür geboten ist, daß diese Einsicht von Dauer ist.

